

mal schnell verloren sein könnten. Was erneut half, war in erster Linie das Pflichtbewußtsein kommunistischer Wähler: Keine andere Partei landesweit kann auf eine so verlässliche, treue Wählerschaft bauen wie das Linksbündnis. Doch nach 23 Jahren sind selbst davon einige enttäuscht. Der Vorwurf, daß viele Parteiverlautbarungen nur schöne Worte seien, macht seit einiger Zeit verstärkt auch gegenüber der westbengalischen Regierung die Runde. Zu viele Probleme sind ungelöst, als daß sich das Regierungsteam locker zurücklehnen könnte. Calcutta ist nach wie vor eine der ärmsten Metropolen des Landes, auch wenn einige wenige Stadtteile die Moderne optisch zur Schau tragen. Den

Moloch Calcutta mit seinen 15 Millionen Einwohnern und Slums rundum zu einer halbwegs menschenwürdigen Lebensstätte zu machen, übersteigt jedoch die Kräfte einer Staatenregierung. Die Zahl der Bürger und vor allem der Ärmsten wächst täglich - ein unaufhörlicher Anstieg der Sorgen und Probleme, der Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit.

Zuspruch hat die CPI-M besonders auf dem Land, wo die Kleinbauern es zu schätzen wissen, daß sich jemand ihrer annimmt. Doch selbst in dieser traditionellen Hochburg mußte die Partei zuletzt Federn lassen. Bauern wandern, wenn gleich nicht so sehr wie arme Städte, mehr und mehr zur Opposition ab. Ein Alarmzeichen - denn auch in westbenga-

lischen Regierungsstuben ist nach bald zweieinhalb Jahrzehnten Mief eingezogen. Den Bürgern reicht es nicht, daß in Calcutta zur Verringerung des Verkehrsproblems - täglicher Kollaps früh und nachmittags - die U-Bahn-Linie erweitert werden soll. Taxi- und Busfahrer streikten im Oktober gegen Dieselpreiserhöhungen, und als Wochen zuvor fast der gesamte Staat überflutet war, konnte sich die Bevölkerung nicht zu Unrecht über mangelndes Krisenmanagement der linken Regierung beklagen. Es war die schnelle und unbürokratische Hilfe für die vielen Opfer, die der Opposition zusätzliche Pluspunkte brachte.

Der Autor ist freier Journalist

Indiens Minderheiten und das 21. Jahrhundert

Von Asghar Ali Engineer

Indien gehört zu den größten Demokratien der Welt. Gleichzeitig besitzt das Land eine der größten Minderheitenbevölkerung weltweit. Allein Muslime machen mehr als zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung aus — in absoluten Zahlen bedeutet dies über 120 Millionen. Rechnet man die übrigen Minderheiten hinzu, erhöht sich diese Zahl auf 150 Millionen. Die indische Gesellschaft kann vor diesem Hintergrund nicht erst mit dem Eintritt in die Unabhängigkeit als pluralistisch bezeichnet werden, sondern sie war es bereits seit Jahrhunderten. Der Pluralismus gehört somit zum stolzen Erbe. Während der Pluralismus die moderne säkulare Nation mit Stolz erfüllt, ist er gleichzeitig Gegenstand vielfältiger Probleme.

Eine wahre Demokratie schützt nicht nur individuelle Rechte, sondern auch die Rechte von Minderheiten als Gemeinschaft. Unsere Verfassung hat in den Artikeln 25 bis 30 die Rechte niedergelegt, welche die religiösen, kulturellen und sprachlichen Minderheiten des Landes genießen. Diese Rechte machen Indien de jure zu einer pluralistischen Demokratie, nicht jedoch de facto.

Gemäß den erwähnten Artikeln sind die Minderheiten demnach nicht nur frei in der Bekundung, Ausübung und Verbreitung ihrer Religion, sondern auch in der Gründung von Institutionen ihrer Wahl. Aufgenommen wurden sie in unsere Verfassung 1950, kurz nachdem die Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen verkündet wurde.

Sicherheit von Minderheiten

Tatsächlich aber gibt es eine große Kluft zwischen den noblen Zielen und der Realität. Obwohl diese fundamentalen Rechte Einzug in die Verfassung gefunden haben, sehen sich die Minderheiten nach wie vor mit vielfältigen Pro-

blemen konfrontiert. Das vorrangigste Problem - soweit es die Muslime betraf - war das der Sicherheit. Zurecht wurde argumentiert, daß die Ursache hierfür im Vermächtnis der Teilung liegt. In den Köpfen der Mehrheit hat sie viele Zweifel an den Muslimen aufkommen lassen, welche sich für einen Verbleib in Indien entschieden hatten. Obwohl sie nicht verantwortlich waren, mußten gerade sie den Preis für die Teilung zahlen. Es ist nicht unangemessen anzunehmen, daß — wäre die indische Verfassung vor 1947 entworfen worden — viele Muslime, die der Propaganda der 'Muslim League' erlagen, nicht so schnell in die Teilung des Landes eingewilligt hätten. Tatsächlich waren viele Muslime in Uttar Pradesh oder Bihar geschockt, als ihnen bewußt wurde, daß Pakistan weit weg im Punjab und in Bengalen Realität würde — und nicht in ihrem Heimatstaat. Die Teilung war letztendlich mehr ein Resultat des Begreifens als Minderheit, denn eine separatistische Konstruktion auf der Basis der Religion. Pakistan war mehr ein Resultat eines durch die 'Muslim League'-Propagandisten geschürten Klimas des Mißtrauens, als ein



Gemessen wird ein Staat auch am Umgang mit seinen Minderheiten, welche mit Gerechtigkeit und Würde behandelt werden sollten
(Foto: Walter Keller).

Bedürfnis der muslimischen Elite. Vermißt wurde eine konstitutionelle Versicherung ihrer Rechte und diese konnte nicht rechtzeitig realisiert werden.

Verpflichtet man sich zu bestimmten Grundsätzen, können auch bereits offene zutage getretene Minderheitenprobleme in einer Demokratie gelöst werden. Vor der Teilung fühlte sich eine Fraktion innerhalb der 'Congress'-Führung den Grundsätzen von gleichen Rechten für die Minderheiten verpflichtet. In ihrer Mehrheit jedoch stand man innerhalb der Partei diesem Ansatz skeptisch bis ablehnend gegenüber. Das entstehende Klima des Mißtrauens begünstigte die Kräfte des Separatismus. Gegenseitiges Vertrauen bildet in einer Demokratie aber die Basis für das Neben- und Miteinander verschiedener Gemeinschaften.

Wäre dieses gegenseitige Vertrauen vorhanden gewesen, wäre das immer wieder in der Form von kommunalistischen Zusammenstößen verursachte Blutvergießen zu vermeiden gewesen. Selbst nach dem Entwurf und Inkrafttreten der Verfassung blieb dieses Problem bestehen. Die Teilung legte sich wie ein Mühlstein um den Hals der Muslime — auch bei jenen, die sich nicht dafür ausgesprochen hatten. Kommunistische Elemente unter den Hindus lancierten eine Propagandaoffensive

gegen Minderheiten im allgemeinen und Muslime im besonderen. Ihre Loyalität zum indischen Staat wurde in Frage gestellt; sie wurden verdächtigt pro-pakistanisch zu sein. Zweifelsohne hat diese Art der Verdächtigung abgenommen; sie existiert aber noch immer. Bis heute ist die "muslimische Loyalität" ein Schwerpunktthema kommunalistischer Agitation. Erwähnt werden soll an dieser Stelle, daß die Bildung eines Nationalstaates für die Menschen Indiens eine neue Erfahrung bedeutete. Vor der britischen Kolonialherrschaft lebten die Menschen in ihren Feudalstaaten, welchen sie als ihre Heimat anerkannten. Sowohl Hindus als auch Muslime verhielten sich dabei gegenüber ihrem Herrscher loyal. Für die Verteidigung ihres Heimatgebietes setzten sie beide ihr Leben aufs Spiel. Die Frage der Loyalität zu dieser oder jener Gemeinschaft stellte sich daher nicht.

"Musalman jao Pakistan or Qabrastan"

Die Frage der Loyalität rückte mit der Existenz der beiden Nationalstaaten Indien und Pakistan mehr und mehr zu einer zentralen Frage der kommunalistischen Auseinandersetzung auf. Ein geläufiger Slogan in vielen Zusammenstößen

spiegelt diese Haltung wieder: "Musalman jao Pakistan or Qabrastan" — "Muslime geht nach Pakistan oder auf den Friedhof". Die Muslime selbst waren durch die Entstehung der beiden neuen Staaten verunsichert. Viele setzten anfänglich große Hoffnungen in den islamischen Staat Pakistan. Das Auseinanderbrechen des Landes 1971 (durch die Entstehung von Bangladesh) schockte die Muslime und bewirkte ein Umdenken. Auch die Probleme der 'Muhajirs' — der ehemals aus dem indischen Teil immigrierten Muslime — beeinflusste diesen Prozeß einer kritischeren Haltung gegenüber Pakistan. So wurden die 'Muhajirs' in Pakistan nicht nur als Fremde, sondern auch als sprachliche Minderheit behandelt. Auch die Schiiten begannen, sich mehr und mehr in einer Minderheitenrolle zu fühlen. Das Bild von Pakistan als dem Heimatland der Muslime begann mehr und mehr zu bröckeln.

Das Mißtrauen mancher Hindus ist jedoch geblieben. In den achtziger Jahren gewannen zunehmend religiöse gegenüber nationalistischen Tönen die Oberhand. Dabei beherrschten zwei große Themen die Szenerie: Die 'Shah Bano'-Kontroverse auf der einen und die 'Ramjanambhoomi'-Kontroverse auf der anderen Seite. Die muslimische Führung wies dabei in der erstgenannten Debatte

das säkulare Recht zurück und berief sich auf religiöse Traditionen und die Hindu-Radikalen der 'Sangh'-Bewegung setzten Hinduismus und Nationalismus im Konflikt um die Moschee in Ayodhya gleich. Beide Auffassungen verletzten dabei sowohl den Geist des Nationalismus, als auch des Säkularismus. Muslime, die in einem säkularen System leben, müssen ihre Haltung in vielen Bereichen überdenken; sie sollten in bezug auf soziale Themen nicht permanent auf Endgültigkeit und Unveränderlichkeit plädieren. Schließlich hat die 'Ulama' - die Gemeinschaft der Gläubigen - in der Vergangenheit in ihrer jeweiligen Epoche gedacht und im Kontext ihrer Epoche gehandelt und gelehrt.

Diejenigen Hindus, die die 'Babri'-Moschee in Ayodhya zerstörten und für den Bau eines Ram-Tempels eintreten, sollten sich hingegen klarmachen, daß ein moderner Nationalstaat seine eigenen Gesetze hat und, daß das Gebahren der Extremisten eher zur Schwächung denn zur Stärkung des Staates führt. Dieser kann nur auf der Basis von Verfassung und säkularen Gesetzen geführt werden. Alle Versuche die Perspektive der Mehrheit durchzusetzen, kann mit ernsthaften Folgen für das demokratische Regieren des Landes verbunden sein. Letztendlich könnte auch der "gesunde Geist des Nationalismus" von einer solchen Entwicklung in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine moderne Demokratie hingegen darf es nicht zulassen, daß die Sicherheit von Minderheiten im Staatsgebilde gefährdet ist.

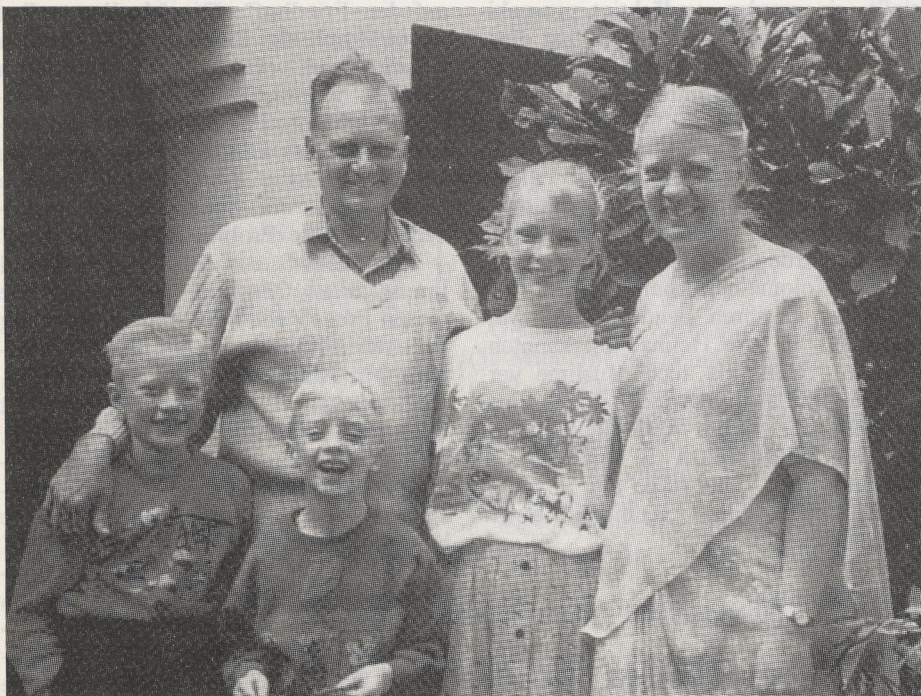
Christen im Kreuzfeuer

Zum Ende des 20. Jahrhunderts nun ist es die Minderheit der Christen, welche angegriffen wird und im Gefühl der Unsicherheit lebt. Befand sich das Thema der Loyalität im Mittelpunkt der Kontroverse zwischen Hindus und Muslimen, so ist das zentrale Thema gegenüber den Christen das der Konversion. Vorausgeschickt werden sollte, daß es sich bei der Konversion um ein fundamentales Recht handelt, soweit diese nicht unter Zwang oder Betrug zustande kommt. Sollte dies dennoch der Fall sein, so handelt es sich hierbei nicht um ein konstitutionelles, sondern um ein juristisches Problem. Die christliche Minderheit als Ganzes aber rückte in das Zentrum der Kritik, als ob alle von ihnen mit dem Projekt der Konversion beauftragt wären. Der Ruf nach einem Verbot wurde laut, ungeachtet der damit verbundenen eklatanten Verletzung verfassungsmäßig verankerter Rechte.

Mit diesen Einstellungen treten wir nun in das neue Jahrhundert ein. Das 21. Jahrhundert wird das Jahrhundert der Demokratie und der Menschenrechte werden. Die Wurzeln der Demokratie reichen in das 19. Jahrhundert zurück, der Epoche des Kolonialismus. Die Saat der Demokratie wurde hier gelegt. Im letzten Jahrhundert dann begannen diese Samen zu keimen und ein kolonisierter Staat nach dem anderen begann nach Unabhängigkeit und Demokratie zu streben. In diesem Jahrhundert jedoch wird sie die volle Blüte erreichen. Indien hingegen kann sich glücklich schätzen, mit

dem Tag seiner Unabhängigkeit diesen Zustand erreicht zu haben. Jetzt gilt es, die Qualität der Demokratie zu verbessern. Gemessen wird ein Staat dabei auch am Umgang mit seinen Minderheiten, welche mit Gerechtigkeit und Würde behandelt werden sollten.

(der Autor ist Direktor des 'Centre for Study of Society and Secularism, Mumbai)



Zahlreiche Christen wurden in jüngster Zeit von fanatisierten Hindus ermordet. Darunter war auch der in Indien arbeitende australische Priester Graham Staines, der mit seinen beiden Söhnen im vergangenen Jahr bei einem brutalen Anschlag ums Leben kam. Im Februar dieses Jahres wurde der mutmaßliche Mörder verhaftet. (Foto: 'Frontline').